



KAPITEL 6

Das große Potsdam und die kleine Daheim

Mit ihrer Gründung geriet die Genossenschaft in eine kommunalrechtliche Situation, die durchaus kompliziert war. Sie siedelte auf einem Stück Land, das wegen seiner Beschaffenheit und Lage für den alten Eigentümer wenig Wert hatte. Als Bauland war es durchaus geeignet, wenn auch nicht optimal. Es grenzte direkt an Potsdam an, gehörte aber nicht zur Stadt. Und genau das war das Problem.

Die Siedlung Daheim, die benachbarte Landesanstalt und der Grundsteuerbezirk Potsdamer Nuthe- wiesen bildete den selbständigen Gutsbezirk Potsdam-Rittergut im Landkreis Zauch-Belzig. Ver- waltet wurde dieser durch die Eisenbahndirektion in Berlin. Die war es auch, die der Genossenschaft den Grund und Boden verkauft hatte. Beim Erwerb des Grundstückes war der Genossenschaft als Käufer die Auflage gemacht worden, die Eingemeindung des abgetretenen Geländes in die Stadt Potsdam zu be- treiben. Das hatte handfeste finanzielle Gründe: Die jeweilige Gemeinde beziehungsweise der Kreis waren es, die dafür zu sorgen hatten, dass die Kinder

zur Schule und des Kaisers Untertanen in eine Kirche gehen konnten. Diese Pflicht wollten weder Pots- dam-Rittergut noch der Landkreis Zauch-Belzig übernehmen.

Aber Potsdam mochte die gerade erst entstehende Siedlung auch nicht haben. Das verwunderte die Kolonisten zwar, es machte sie aber nicht unglücklich, sparten sie sich doch die höheren Abgaben, die sie als Residenzstädter hätten zahlen müssen. In der Schul- frage fand man einen großzügigen Kompromiss: Die Daheim-Kinder konnten zu einem günstigen Schul- geld in Höhe von 50 Pfennigen pro Jahr und Kind in Potsdam zur Schule gehen. Das Schulgeld, das später auf 6 Reichsmark erhöht wurde, brachte die Genos- senschaft auf. Auch in der Kirchenfrage gab es eine günstige Lösung und so nahmen die Potsdamer Ge- meinden die Kolonisten in ihrer Mitte auf.

Zehn Jahre später hatte sich die Situation gründ- lich verändert: Aus der wolkigen Siedlungsvision war eine schöne und moderne Siedlung geworden, die von Jahr zu Jahr wuchs. Aus dem Genossenschafts-



Deutsches Kaiserreich, Provinz Brandenburg 1904
 (Quelle wikipedia)

experiment mit seinerzeit offenem Ausgang war ein Erfolgsmodell geworden, dem weitere Genossenschaftsgründungen in Potsdam, Nowaves und Babelsberg nacheiferten. Die Braut hatte sich über die Jahre geschmückt und plötzlich war jeder scharf auf sie: Der gerade erst in Amt und Würden gekommene Potsdamer Oberbürgermeister Rosberg wollte 1904 die Siedlung eingemeinden lassen. Das wollte inzwischen aber die Eisenbahndirektion in Berlin nicht mehr. Sie widerrief kurzerhand ihre bereits gegebene Zustimmung zur Eingemeindung. Auch der Landkreis Zauch-Belzig wollte nun die Daheim nicht mehr loslassen, er forderte für den Fall der Eingemeindung der Siedlung in die Stadt Potsdam eine Entschädigung in schwindelerregender Höhe.

Die Verhandlungen zwischen den Beteiligten wurden nicht nur mit Worten geführt. So begann Potsdam im Jahr 1906 die Daumenschrauben anzuziehen: Ein neues Volksschulgesetz kam da gelegen, in dessen Folge die Aufwendungen der Genossenschaft für das zu zahlende Schulgeld ihrer 105 schulpflichtigen Kinder von 630 Reichsmark im Jahr auf sagenhafte 9.660 Mark anstiegen. In Reaktion darauf erwog man bei den Landkreisbehörden und der Daheim zeitweilig sogar den Bau einer eigenen Schule. Das Gezerre um die kommunale Zugehörigkeit sollte sich fast noch 15 Jahre hinziehen.